

#FAMILIE UND FRAUEN

Endlich mehr Lohnungerechtigkeit

Die EVG hat den Koalitionskompromiss für ein Lohnungleichheitsgesetz als „ersten Schritt in die richtige Richtung“ begrüßt. Entsprechend äußerte sich die für die Familien- und Frauenpolitik zuständige stellvertretende EVG Vorsitzende Regina Rusch-Ziemba.



Sie erklärte: „Der Kompromiss, den die Regierungsparteien - nach mehr als einem halben Jahr Streit - endlich gefunden haben, sorgt für mehr Transparenz bei der Entlohnung und in der Folge nicht ,nur‘ für mehr Lohnungleichheit sondern auch für mehr Lohngerechtigkeit.“

Die EVG Vize Chefin unterstrich: „Ich hoffe sehr, dass damit das Tabu gebrochen wird, dass über Löhne nicht gesprochen wird. Es muss gesprochen werden um damit die Benachteiligung – gerade von Frauen – endlich aufzubrechen.“ Sie stellte klar: „Natürlich hätten wir uns eine verbindliche Regelung bei den betrieblichen Prüfverfahren gewünscht und deshalb ist dieses Gesetz ein wichtiger erster Schritt auf dem Weg zu mehr Lohngerechtigkeit.“

„Ich hoffe sehr, dass damit das Tabu gebrochen wird, dass über Löhne nicht gesprochen wird. Es muss gesprochen werden um damit die Benachteiligung – gerade von Frauen – endlich aufzubrechen.“

Regina Rusch-Ziemba, Stellvertretende EVG-Vorsitzende

Regina Rusch-Ziemba erklärte: „Mit diesem Gesetz werden wir dennoch ein Ziel erreichen: Die zum Himmel schreiende Ungerechtigkeit, dass Frauen immer noch rund 21 Prozent weniger Entgelt erhalten als ihre männlichen Kollegen, wird endlich verringert.“

Der Koalitionskompromiss sieht die Schaffung eines individuellen Auskunftsanspruchs bereits für alle Arbeitnehmerinnen in Unternehmen mit mehr als 200 Beschäftigten vor. Direkt nach Verabschiedung des Gesetzes werden wir uns mit den Wegen zur Umsetzung der Neuregelungen beschäftigen.